

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 118 (2024)
Heft: 5

Anhang: Erwägungen 1/2024 : Journal der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung. Asylrecht unter Druck

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erwägungen 2/2024

Asylrecht unter Druck

«Dieses Jahr war das tödlichste, seit Geflüchtete nach Europa zu kommen versuchen.» Das sagen jene Engagierten, die das Manifest «Grundrechte für alle» verfasst haben (siehe S. 28). Doch es werde noch schlimmer kommen: Denn die im Frühling dieses Jahres von der EU beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) führe zu weiteren Verschärfungen im Asylrecht, die Geflüchteten die Einreise nochmals erschweren und Abschiebungen weiter erleichtern. Alle, die sich für Geflüchtete einsetzen, sind alarmiert.

Die Besorgnis hat auch viele TheBe-Mitglieder und Engagierte im Umfeld der *Neuen Wege* ergriffen. Vor bald zehn Jahren hatten einige von ihnen die «Migrationscharta» verfasst, ein Grundlagenpapier, das mit seinen Forderungen nach «freier Niederlassung für alle» die Gemüter inner- und ausserhalb der Kirchen stark bewegt hatte. Aus dem damaligen Impuls ist nicht nur das Netzwerk *migrationscharta.ch* entstanden, sondern es sind auch weitere Ideen und Projekte daraus herausgewachsen, zum Beispiel eine Konzeptgruppe für «humanitäre Korridore» oder ein Buch zum biblischen Hintergrund der Migrationscharta, das am 25. September Vernissage feiert (siehe S. 37).

Diese Projekte sollen in der vorliegenden Nummer der *Erwägungen* vorgestellt werden. Sie alle tragen zur Hoffnung bei, dass den negativen Entwicklungen an Europas Aussengrenzen positive Impulse entgegengestellt werden können.

Christine Voss

Wider die Abschaffung des Rechts auf Asyl

Simon Noori
S. 26

Manifest: Grundrechte für alle

S. 28

«Das Asylthema ist der Prüfstein unserer Ethik»

Gespräch mit Pierre Bühler
S. 29

Von Italien lernen

Christine Voss
S. 32

Asylzentren in Kroatien

Verena Mühlethaler,
Nicola Neider, Andreas Nufer
S. 34

An Leib und Leben bedoht

Christoph Albrecht,
Gaëlle Courtens
S. 35

Beim Namen nennen

Pierre Bühler
S. 36

Buchbesprechung

Christine Voss
S. 37

Aus Vorstand und Arbeitsgruppen

S. 39

Buchtipp

S. 40

Wider die Abschaffung des Rechts auf Asyl

Simon Noori

Die EU hat die heftig diskutierte Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik im April dieses Jahres definitiv beschlossen. Auch für die Schweiz wird die neue Regelung Konsequenzen haben.

Im Frühjahr 2024 einigten sich das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedsstaaten auf die grösste Asylreform in der Geschichte der EU. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), das heisst des gesamten asylpolitischen Regelwerks der EU, kommt einer Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl in Europa gleich. Anstatt rechtsstaatliche Verfahren zu durchlaufen, wird ein grosser Teil der Geflüchteten in Zukunft in geschlossenen Lagern an den EU-Aussengrenzen festgehalten. Dort sollen ihre Asylgesuche in Schnellverfahren abgewiesen werden. Die EU versucht dadurch mit aller Macht, Geflüchtete schon an den Aussengrenzen abzuweisen.

Rundum Verschärfungen

Aber auch innerhalb des Schengen-Raums wird die GEAS-Reform zu einschneidenden Verschärfungen führen. Der Dublin-Mechanismus, der jährlich für Tausende Rückschiebungen in die EU-Grenzstaaten sorgt, wird beibehalten und noch weiter verschärft. Zudem wird die Asyl-Datenbank Eurodac zu einem umfassenden Asyl-Informationssystem ausgebaut. In der neuen Datenbank werden künftig sämtliche Informationen über Geflüchtete und ihre Asylverfahren zentral gespeichert und allen Schengen-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt.

Die GEAS-Reform ist eine späte Antwort auf die grosse Krise des europäischen Grenzregimes in den Jahren 2015 und 2016. Sie wurde bereits 2016 von der EU-Kommission angestossen und 2020 als «Neuer Pakt für Asyl und Migration» in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. In der nun verabschiedeten Form ist das GEAS vom Irrglauben geprägt, dass sich Flucht und Migration durch noch mehr Entrechtung und Gewalt tatsächlich aufhalten lassen. Gleichzeitig stirbt mit der Reform die Hoffnung auf eine gemeinsame und solidarische europäische Asylpolitik.

Entrechtung an den Aussengrenzen

Das Herzstück der Reform sind neue, beschleunigte Asylverfahren an den EU-Aussengrenzen, die sogenannten «Grenzverfahren». In diese Verfahren werden alle Asylsuchenden gedrängt, bei denen aufgrund ihrer Herkunft davon ausgegangen wird, dass sie nur geringe Chancen auf eine Asylanerkennung haben. Gehen die Behörden davon aus, dass sie sich zuvor in einem vermeintlich sicheren Drittstaat aufgehalten haben, werden ihre Asylgesuche zudem gar nicht mehr geprüft. Stattdessen sollen sie direkt in Drittstaaten ausgeschafft werden. Damit sich die Geflüchteten diesen Verfahren nicht entziehen, finden sie unter haftähnlichen Bedingungen in geschlossenen Lagern entlang der EU-Aussengrenze statt. Die Verfahren sind auf zwölf Wochen befristet und damit noch acht Wochen kürzer als die beschleunigten Verfahren in der Schweiz. Selbst Familien mit Kindern werden nicht von ihnen ausgenommen.

Ähnliche Verfahren wurden in den letzten Jahren bereits in den von der EU finanzierten Hotspot-Zentren auf den griechischen Inseln erprobt. Sie haben dort aber nicht zu einer Beschleunigung beigetragen, sondern führten vielmehr zu Entrechtung und Gewalt, zu unmenschlichen Lebensbedingungen, fehlendem Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und einem systematischen Ausschluss aus rechtsstaatlichen Asylverfahren.

Die gleichen Verfahren werden durch die GEAS-Reform nun auf alle EU-Aussengrenzstaaten ausgeweitet. Die Absicht dahinter ist klar: Weil die EU ihre Grenzen nicht einfach schliessen kann und alle bisherigen Versuche, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern, gescheitert sind, verschiebt die EU die Verfahren ganz an die Ränder des Schengenraums und setzt gleichzeitig alles daran, Geflüchtete so schnell wie möglich wieder loszuwerden.

Verschärfungen im Inneren

Neben dieser Entrechtung an den Aussengrenzen bringt die GEAS-Reform aber auch zahlreiche Verschärfungen im Inneren des Schengen-Raums mit sich. Sollten es Geflüchtete trotz der drakonischen Grenzverfahren in weiter nördlich gelegene Länder schaffen, sind sie dort mit verschärften Dublin-Regeln konfrontiert. Das Dublin-System, an dem auch die Schweiz beteiligt ist, bestimmt, welcher Mitgliedsstaat für die Durchführung eines regulären Asylverfahrens zuständig ist. In der Praxis hat es sich in den letzten Jahren zu einem

unmenschlichen Verschiebebahnhof innerhalb Europas entwickelt, in dem jährlich Zehntausende Geflüchtete von einem Land ins andere ausgeschafft werden.

Die GEAS-Reform behält diesen Mechanismus grundsätzlich bei, dehnt aber die Möglichkeiten, Geflüchtete an die Ränder Europas abzuschieben, weiter aus. So haben Länder wie die Schweiz neu bis zu drei Jahre Zeit, um Geflüchtete nach Kroatien, Italien, Ungarn oder Griechenland auszuschieben. Drei Jahre, in denen die Schutzwürdigkeit der Geflüchteten nicht geprüft wird, sie keinen legalen Aufenthaltstitel besitzen und ihnen keinerlei Integrationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Mobilisierung in der Schweiz

In der Schweiz blieb es lange Zeit still um die EU-Asylreform. Die grossen Medienhäuser liessen zwar pflichtschuldig ihre Korrespondent*innen aus Brüssel berichten, wenn auf einem EU-Gipfel eine überraschende Einigung erzielt oder im Europäischen Parlament eine weitere Hürde genommen wurde. Dass die EU-Asylreform aber auch einschneidende Konsequenzen für das Schweizer Asylsystem haben wird, schien in Politik und Öffentlichkeit nicht anzukommen. Wenn überhaupt, ging man davon aus, dass die Schweiz mit wenig Aufwand und geringen Kosten davon «profitieren» wird, wenn die EU ihre Aussengrenzen stärker abschottet. Es wäre aber zu kurz gegriffen, nur mit dem Finger auf die EU-Aussengrenzen zu zeigen. Wer sich gegen die neuen Haftlager an den Rändern Europas ausspricht, muss auch die fatalen Konsequenzen kritisieren, die der EU-Abschottungspakt in der Schweiz haben wird.

Inzwischen wurde die Schweiz über die Weiterentwicklung des Schengen- und Dublin-Besitzstandes informiert und hat nun zwei Jahre Zeit für die Übernahme des Gesetzespakets. Im August startete der Bundesrat dazu ein Vernehmlassungsverfahren und wird anschliessend eine Botschaft zuhänden des Parlaments verabschieden. Wird die Reform in den Beratungen des Parlaments angenommen, unterliegt sie dem fakultativen Referendum, das voraussichtlich Ende 2025/Anfang 2026 stattfinden würde.

Solidarité sans frontières und andere Basisorganisationen ziehen bereits jetzt ein Referendum gegen die Übernahme in Erwägung. Bis es so weit ist, zeigen wir klar und deutlich auf, dass und wie die Reform Flucht und Migration zu verhindern versucht. Selbst der

Bundesrat schien zwischenzeitlich erkannt zu haben, dass die Verschärfungen nicht mit den Grundrechten vereinbar sind. Wie lässt es sich sonst erklären, dass Bundesrat Beat Jans nach Abschluss der Verhandlungen fast schon schuldbewusst tweetete: «Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Grundrechte auch bei den neuen Verfahren an den Aussengrenzen eingehalten werden»? Diese Sorge ging jedoch schnell vergessen. Tags darauf sicherte er der Reform in den Medien seine «Unterstützung» zu und bezeichnete sie als «Fortschritt».

Die GEAS-Reform wird die europäische Asylpolitik der nächsten Jahrzehnte prägen und sich auch stark auf die Lebensbedingungen von Geflüchteten in der Schweiz auswirken. In der Schweiz gibt es jedoch die europaweit einmalige Chance, sich mit einem Referendum gegen die drohende Abschaffung des Rechts auf Asyl zur Wehr zu setzen. Dazu müssen wir unsere Stimme sowohl gegen die Entrechtung an den Aussengrenzen als auch gegen die Verschärfungen in der Schweiz erheben. Und stattdessen eine politische Perspektive entwickeln, die aus der Gleichheit und den Grundrechten aller Menschen auch die gleichen Rechte auf Bewegungsfreiheit ableitet und diese politisch zu erkämpfen versucht. ●

- Simon Noori, *1983, ist Co-Geschäftsleiter und Politischer Sekretär von Solidarité sans frontières. Solidarité sans frontières (Sosf) verteidigt mit einer kritischen Haltung gegenüber dem aktuellen Migrationsregime die Grundrechte aller Menschen in der Schweiz. Die Organisation gibt vierteljährlich ein Bulletin zu den jeweils neusten Entwicklungen im Asylwesen heraus. Als unabhängiger Verein ist Sosf auf Spenden angewiesen.

Sosf, Schwanengasse 9, 3011 Bern
031 311 07 70
sekretariat@sosf.ch

Informationen und Bestellung des Bulletins: sosf.ch

Manifest:

Grundrechte für alle, auch an den Grenzen

Die geplanten Veränderungen an den EU-Aussengrenzen haben auch in der Schweiz Menschen aufgeschreckt, die sich für Geflüchtete engagieren. Als Nichtmitglied der EU kann die Schweiz die neuen Regelungen übernehmen, muss es aber nicht. Deshalb wurde im Rahmen des diesjährigen Flüchtlings-tags ein Manifest verfasst, das dem Bundesrat überreicht werden soll.

Die im Dezember 2023 beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) steht vor der Umsetzung.

Sie sieht vor allem vor:

- dass geflüchtete Menschen, auch Familien mit Kindern, an den EU-Aussengrenzen in riesigen Flüchtlingslagern unter haftähnlichen Bedingungen untergebracht werden;
- dass dort Grenzverfahren ohne genügenden Rechtsschutz stattfinden. Diese Verfahren sollen u. a. für alle Menschen durchgeführt werden, die aus einem Land kommen, für das es weniger als zwanzig Prozent Chance auf Asyl gibt. Ziel ist es, mit schnellen Ablehnungen und Rückführungen in das Heimatland oder ein vermeintlich sicheres Drittland weitere Schutzsuchende abzuschrecken;
- dass die Personen, denen ein reguläres Asylverfahren gewährt wird, unter gewissen Bedingungen nach einem Verteilschlüssel den europäischen Ländern zugewiesen werden. Die Länder, die niemanden aufnehmen wollen, können sich davon freikaufen oder Personal an die Aussengrenzen schicken.

Damit werden Symptome statt Ursachen bekämpft. Migration lässt sich so nicht verhindern und die verheerenden Zustände an den EU-Aussengrenzen (wie zum Beispiel in Griechenland) werden nicht verbessert – im Gegenteil. Das neue GEAS hat für Schutzsuchende drastische Verschlechterungen zur Folge. Die geplanten Massnahmen verletzen die Grundprinzipien nationaler, europäischer und internationaler Rechtsabkommen, die jedem Menschen aufgrund seines Menschseins zustehen.*

Die Entwicklungen an den EU-Aussengrenzen gehen auch die Schweiz etwas an, nicht bloss aufgrund des Schengen- und des Dublin-Abkommens, sondern auch als Geburtsstätte der Genfer Flüchtlingskonvention.

Der Abbau von Grundrechten bedroht uns alle! Wir sagen: Nicht in unserem Namen! Wir wollen eine offene Gesellschaft und sagen Nein zu Abschreckung und Abschottung! Es braucht eine angstfreie, zukunftsweisende Gestaltung der Migration.

Wir fordern den Bundesrat auf,

- sich im Rahmen unserer Schengen-/Dublin-Assoziierung für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards und die vollumfängliche Respektierung der Rechte von Asylsuchenden einzusetzen;
- die Aushöhlung der Genfer Flüchtlingskonvention und weiterer völkerrechtlicher Verträge konsequent sowohl im innen- als auch im aussenpolitischen Kontext zu bekämpfen;
- im Rahmen des Solidaritätsmechanismus freiwillig eine angemessene Zahl Asylsuchende zu übernehmen.

Die Anerkennung der Würde und der gleichen Rechte aller Menschen ist die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Gefragt sind Schritte, die in diese Richtung führen. ●

Das Manifest wurde von Mitgliedern des Netzwerks migrationscharta.ch verfasst und von zahlreichen Flüchtlingshilfswerken, Menschenrechtsorganisationen sowie Einzelpersonen aus dem politischen, kirchlichen und kulturellen Leben der Schweiz unterstützt.

Die Unterschriftensammlung ist zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Nummer bereits beendet – die Anliegen bleiben bestehen.

- * Gefährdet sind in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: Art. 9: Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden; Art. 14: Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu geniessen. In der Europäischen Menschenrechtskonvention: Art. 3: Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden; Art. 5: Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit. In der Genfer Flüchtlingskonvention: Art. 33,1: Keiner der vertragsschliessenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit [...] bedroht sein würde.

«Das Asylthema ist der Prüfstein unserer Ethik»

Gespräch mit Pierre Bühler
von Christine Voss

Für Personen und Institutionen, die im Asylbereich engagiert sind, ist klar: Es braucht dringend sichere Fluchtwege für besonders schutzbedürftige Menschen. Eine Koalition aus verschiedenen Kirchen und Organisation der Zivilgesellschaft sucht zurzeit nach Lösungen für die Schweiz. Einer der dabei Beteiligten ist der emeritierte Theologieprofessor Pierre Bühler.

cv Pierre Bühler, im Moment erarbeiten Sie zusammen mit anderen Engagierten ein Konzept für humanitäre Korridore in die Schweiz. Was muss man sich unter solchen Korridoren vorstellen?

pb Humanitäre Korridore sind gesicherte Fluchtwege aus Ländern, in denen Krieg, Verfolgung, Gewalt und Not herrschen. Menschen, die besonders auf Schutz angewiesen sind, sollen über diese Korridore in ein anderes Land gelangen können, wo sie als Flüchtlinge aufgenommen werden. Als Schutzbedürftige, das heisst als sogenannt vulnerable Personen, gelten Familien mit kleinen Kindern, alte und kranke Menschen, Behinderte oder Opfer von Folter und Gewalt. Vor allem die gefährlichen Schiffsreisen über das Mittelmeer, bei denen schon so viele Menschen den Tod gefunden haben, sollen durch die Einrichtung von Fluchtkorridoren reduziert werden.

Üblicherweise wählt das UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, die besonders Bedürftigen in den Flüchtlingscamps aus. Gemäss dem von uns erarbeiteten Konzept sollen die Ankömmlinge in der Schweiz durch Freiwillige empfangen werden, die von kirchlichen Organisationen für diese Aufgabe ausgebildet wurden. Auch das Bereitstellen von Wohnungen und die soziale Begleitung sollen zum grossen Teil durch die Kirchen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen der Koalition erfolgen.

cv Und diese Art von Einwanderung ist dann legal?

pb Ja, das ganze Projekt soll in Zusammenarbeit und mit Einverständnis von Bund, Kantonen und Gemeinden aufgebaut werden. Die kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen hingegen verpflichten sich, Wohnraum zur Verfügung zu stellen und während mindestens einem Jahr die Kosten dafür zu tragen. Damit soll das häufig gehörte Argument widerlegt werden, dass zu wenig Unterbringungsplätze für Geflüchtete vorhanden seien.

cv Und wie kommen die Kirchen zu diesem Wohnraum?

pb Einige Kirchen verfügen über Räumlichkeiten, die wenig genutzt werden, andere müssten sie erst noch suchen. Unserer Meinung nach liesse sich mit Umnutzungen einiges bewirken.

cv War es denn nicht bereits früher so, dass die Schweiz vulnerable Personen aus Flüchtlingslagern aufgenommen hat?

pb Ja, das ist das sogenannte europäische Resettlementprogramm, an dem sich die Schweiz beteiligt. Aber Frau Keller-Sutter hat die Teilnahme daran kurz vor Weihnachten 2022 sistiert – weil durch die vielen zusätzlichen Geflüchteten aus der Ukraine der Druck auf die Kantone gewachsen sei. In anderen Ländern wird das Resettlementprogramm aber nach wie vor durchgeführt. Im Grund genommen nehmen wir also mit unserem Konzept nur eine Tradition auf, die lange Zeit in der Schweiz vorhanden war. Wobei: Wir wollen nicht, dass unser Projekt das staatliche Resettlementprogramm einfach ersetzt.

cv Wie ist die Gruppe, bei der Sie mitarbeiten, auf die Idee gekommen, das Konzept der humanitären Korridore wieder aufzugreifen?

pb Wir waren inspiriert von Aktivitäten in Italien, Frankreich und Belgien. Italien ist in dieser Frage vorausgegangen. Als dort im Oktober 2013 über 350 Menschen bei einem Bootsunglück vor Lampedusa ums Leben kamen, reagierte ein grosser Teil der Bevölkerung schockiert. Kirchliche Gruppierungen ergriffen daraufhin die Initiative und versuchten, Alternativen aufzuzeigen. Massgebend waren dabei die Waldenserkirche und die christliche Gemeinschaft Sant'Egidio¹, eine Basisbewegung, die 1968 in Rom entstanden ist und sich seither über viele andere Länder ausgebreitet hat. Auch

in Frankreich und Belgien hat Sant'Egidio die Initiative für humanitäre Korridore ergriffen, dort ebenfalls in Zusammenarbeit mit den evangelischen Kirchen. Wir sind überzeugt davon, dass das, was in Italien und anderen europäischen Ländern umgesetzt wurde, auch in der Schweiz möglich sein sollte.

CV Und wer sind die Leute, die in der Schweiz an diesem Projekt mitarbeiten?

PB Die Reflexion über das Problem der Flüchtlingswege wurde zuerst vom Netzwerk migrationscharta.ch angestossen. Vor einem Jahr haben wir dann zu einer Informationsrunde eingeladen, aus der die vorher genannte Koalition von kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Kräften entstanden ist, zum Beispiel von Hilfswerken und NGOs. Diese Koalition, die nun federführend ist, hat eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein erstes Konzept zu erarbeiten und das Projekt weiterzuentwickeln.

CV Wie steht es inzwischen – hat die Koalition Chancen, ihre Ideen umsetzen zu können?

PB Es gab erste Kontakte zum SEM, dem Staatssekretariat für Migration, und zu staatlichen sowie kirchlichen Stellen. Diese haben bisher vorsichtig positiv auf unsere Ideen reagiert, aber eine offizielle Bewilligung liegt noch nicht vor. Weitere Abklärungen sind nötig. Es wird nun aber auch Kirchgemeinden, Städte und Einzelpersonen brauchen, die bereit sind, Menschen aufzunehmen und die Verantwortung dafür zu tragen.

Wir wollen in einem ersten Schritt bewusst mit einem kleinen Pilotprojekt beginnen. So können wir erste Erfahrungen sammeln und, wenn das Projekt gelingt, es weiter ausbauen.

CV Was erhoffen Sie sich von dem Projekt?

PB Zuerst einmal ist es einfach eine Möglichkeit, etwas dafür zu tun, dass jene, die zu den Schwächsten in unserer Welt gehören, das heisst die vulnerablen Geflüchteten, neue Perspektiven erhalten. Dass alle, die vor Lebensgefahren fliehen müssen, nicht auch noch auf ihrem Fluchtweg in Lebensgefahr geraten. Es geht aber auch grundsätzlich um eine gute Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Zivilgesellschaft. Das hätte auf beiden Seiten positive Effekte: Die Kirchen würden wieder besser wahrgenommen, wenn sie sich mehr in gesellschaftliche Fragen einbringen würden. Sie haben sich, so jedenfalls mein Eindruck, in letzter Zeit zu stark vor allem mit sich selbst

beschäftigt. Umgekehrt würde es unserer heutigen Gesellschaft helfen, wenn sie die Kirchen als verlässliches Gegenüber erleben würden.

Was uns aber ebenfalls wichtig ist: Unser Projekt soll das staatliche Resettlementprogramm nicht ersetzen. Wir wollen nicht, dass es plötzlich heisst: Die Kirchen kümmern sich jetzt um die Geflüchteten, der Staat muss nichts mehr tun. Wir verstehen unser Projekt als zusätzliche Leistung zu den staatlichen Pflichten, im besten Fall als Ansporn für den Staat, wieder mehr eigene Initiative zu ergreifen.

CV Rechnen Sie nicht mit Widerstand? Viele Menschen in der Schweiz finden doch, dass schon heute genug Flüchtlinge da seien.

PB Bestimmt wird es Widerstand geben. Aber das ist schliesslich kein Grund, nicht zu handeln. Ausserdem gibt es auch immer mehr Menschen, die sagen: Es kann doch nicht so weitergehen mit dem Sterben im Mittelmeer, man kann nicht mehr nur wegschauen. Ich erlebe derzeit ein eher wachsendes Verständnis für unsere Aktionen. Deshalb ist es wichtig, die Zivilgesellschaft einzubeziehen, die durchaus bereit wäre, etwas zu tun.

CV Persönlich nachgefragt: Was hat bei Ihnen eigentlich den Ausschlag dazu gegeben, dass Sie sich so stark im Asylbereich engagieren?

PB Das ist eine lange Geschichte! Ein Teil davon ist sicher der, dass sich meine Frau schon lange als Rechtsberaterin und Sozialbetreuerin für Flüchtlingsfamilien einsetzt. Durch sie sind mir viele Schicksale von Betroffenen nahegekommen. Aber es spielt auch eine Rolle, dass ich aus einer Täuferfamilie stamme, also aus der Familiengeschichte das Thema Flucht und Verfolgung nur allzu gut kenne. Auch mit der Geschichte der Hugenotten habe ich mich stark beschäftigt, vor allem, als 1985 die Gedenkfeiern zu 300 Jahren Aufhebung des Edikts von Nantes durch Ludwig XIV. stattfanden. Mit dieser Aufhebung wurde in Frankreich eine systematische Verfolgung der protestantischen Glaubensgemeinschaften erlaubt, was zu den grossen Flüchtlingsströmen der Hugenotten führte. Mir scheint, dass heute leider vieles immer noch ähnlich abläuft wie damals.

1982 habe ich einen Lehrstuhl an der Universität von Neuchâtel angetreten. Anders als in Zürich gehörte es dort zu meinen Aufgaben, auch Lehrveranstaltungen in Ethik zu halten. Dabei wurde mir immer bewusster, wie zentral das Thema Asyl ist. Es ist eine grundsätzliche

ethische Frage, wie man flüchtenden Menschen begegnet, wie man sich für in Not geratene Menschen öffnet. Ich würde sogar sagen, dass das Asylthema der Prüfstein unserer Ethik ist. Kein Wunder, gibt es auch viel Widerstand bei diesem Thema. Das ist in meinen Augen gerade ein Symptom dafür, wie wichtig es ist.

cv Welche Rolle spielt der theologische Hintergrund bei Ihrem Einsatz – oder konkreter: Ist das Engagement für Sie eine Frage des christlichen Glaubens?

PB Für mich ist klar, dass mich ein biblisch-theologischer Hintergrund prägt. Deshalb habe ich mich auch an der Publikation eines Buches beteiligt, das demnächst erscheinen wird und in dem verschiedene Theologen und Theologinnen Bibelstellen auslegen, in denen es um Flüchtlinge oder, wie es in der Bibel oft heisst, «die Fremden» geht.²

Eine Schlüsselstelle für mich sind die ersten Verse im Kapitel 13 des Hebräerbriefts, in denen es heisst:

«Die Liebe zu denen, die euch vertraut sind, bleibe! Die Liebe zu denen, die euch fremd sind, aber vergesst nicht – so haben manche, ohne es zu wissen, Engel beherbergt. Denkt an die Gefangenen, weil auch ihr Gefangene seid; denkt an die Misshandelten, weil auch ihr Verletzliche seid» (Hebr 13, 1–3).

Im griechischen Urtext steht für «die Liebe zu denen, die euch fremd sind» das Wort «Philoxenia». In Übersetzungen hat man diesen Begriff oft einfach mit «Gastfreundschaft» übersetzt. Aber es heisst wörtlich «Liebe zum Fremden» (von *philein*, lieben, und *xenos*, der Ausländer oder der Fremde). Die «Philoxenia» ist also das Gegenteil der «Xenophobie», der «Angst vor dem Fremden» oder wörtlich übersetzt der «Fremdenangst» (*phobos*, die Angst oder Furcht).

Umfassender verstanden sagen mir diese Verse folgendes: Christlicher Glaube lebt davon, dass man keine Mauern um sich baut, sondern Grenzen überschreitet, dass man sich nicht verschliesst, sondern sich öffnet, auch für das, was einem fremd erscheint. Geflüchtete sind der extremste Fall der Fremden. Sie kommen als Hilflose, Schwache, Verfolgte zu uns – und damit werden sie zum Spiegel für unsere eigenen Schwächen, für unsere Verletzlichkeit, für unser eigenes Fremdsein. Geflüchtete sind eine Herausforderung, weil wir uns in unserem Umgang mit ihnen auch mit uns selber auseinandersetzen müssen.

Auch in Leviticus 19,34 heisst es: «Du sollst den Fremden lieben wie dich selbst, denn ihr

seid selbst Fremde gewesen im Land Ägypten.» Die Anerkennung der Tatsache, dass auch wir immer wieder Fremde sind, ist die Grundbedingung für eine wahre Liebe zum Fremden. ●

○ Pierre Bühler, *1950, war Professor für systematische Theologie an den Universitäten von Neuchâtel und Zürich. Heute lebt er im Unruhestand in Neuchâtel. Er arbeitet im Netzwerk migrationscharta.ch mit, engagiert sich bei der Aktion «Les nommer par leur nom» (Beim Namen nennen) in der französischen Schweiz und verfasste für die *Erwägungen* das Manifest «Schweigen die Kirchen oder erheben sie ihre Stimme?» (*Neue Wege* 9.22).

1 Sant'Egidio ist eine Laienbewegung, die 1968 innerhalb der katholischen Kirche in Rom entstanden ist, sich aber stark ökumenisch orientiert. Männer und Frauen teilen das Leben miteinander, um sich mit den dadurch verstärkten Ressourcen ehrenamtlich für armutsbetroffene Menschen und Geflüchtete einsetzen zu können. Heute besteht ein Netzwerk von solchen Gemeinschaften in über siebenzig Ländern.

2 Pierre Bühler, Verena Mühlethaler, Jacob Schädelin (Hrsg.): *Migration in der Bibel und heute. Die Migrationscharta – biblisch erkundet*. TVZ 2024.

Buchvernissage am 25. September, 19 Uhr, in der offenen Kirche St. Jakob, Zürich.

Siehe auch Artikel Seite 37.

Von Italien lernen

Christine Voss

Zwar macht Italien zurzeit negative Schlagzeilen, wenn es um die Themen Asyl und Migration geht. Doch dabei geht vergessen, dass einige der wegweisenden Projekte zur Unterstützung von Geflüchteten in unserem südlichen Nachbarland entstanden sind. Vor allem die Kirchen und kirchliche Gemeinschaften sind mit Ideen und praktischer Hilfe an vorderster Stelle dabei. So zum Beispiel bei den humanitären Korridoren.

Ausschlaggebend war in Italien das schlimme Bootsunglück vom 3. Oktober 2013 gewesen, bei dem über 350 Geflüchtete vor der Insel Lampedusa den Tod fanden. Dass es Alternativen zur gefährlichen Überquerung des Mittelmeers brauche, forderte unter anderen die christliche Gemeinschaft Sant'Egidio, eine katholische, ökumenisch ausgerichtete Laienbewegung, die 1968 in Rom entstand und seither mit ihrer Lebensform und ihrem sozialen Engagement unzählige Menschen, weit über Italien hinaus, angezogen hat. Unterstützt wurde Sant'Egidio von der Waldenserkirche, einer in Italien bereits Ende des 12. Jahrhunderts entstandenen protestantischen Kirche, welche die Reformation sozusagen vorweggenommen hatte und über Jahrhunderte verboten und verfolgt war. Die kleine Minderheit, die noch heute dieser Kirche angehört, hat sich in den 1960er Jahren mit der methodistischen, der baptistischen und der lutherischen Kirche zur «Federazione delle Chiese evangeliche in Italia», dem Evangelischen Kirchenbund, zusammengeschlossen. Von Anfang an engagierten sich die «Evangelici» in der Flüchtlingsarbeit.

Von der Idee zur Umsetzung

Zwei Jahre vor dem Bootsunglück von Lampedusa war der Krieg in Syrien ausgebrochen und rund zwei Millionen syrische Geflüchtete sassen unter prekären Umständen in Camps im Libanon fest. Die Idee, wie zumindest den Schwächsten von ihnen geholfen werden könnte, hiess «humanitäre Korridore» (siehe dazu das

Interview, S. 29). Unter sicherem Geleit, das heisst per Flugzeug, sollten Geflüchtete mit Einverständnis der italienischen Regierung direkt ins Land kommen können.

Der Begründer der humanitären Korridore hiess Paolo Naso, Mitglied der Waldenserkirche und Professor für Politikwissenschaft in Rom, daneben Koordinator des Projekts «Mediterranean Hope» auf Lampedusa, das von den evangelischen Kirchen in Italien getragen wird. Dem Wissenschaftler war bei der Auseinandersetzung mit den EU-Dokumenten aufgefallen, dass der sogenannte Schengener Grenzkodex flexibler sei als gemeinhin angenommen, das heisst, dass Schengen-Länder in manchen Fragen der Migration nach eigenem Gutdünken verfahren können. Auf dieser Grundlage entwickelte Paolo Naso ein Konzept zur sicheren Immigration und wandte sich mit diesem zuerst an die Gemeinschaft von Sant'Egidio, weil diese in Italien grosse Glaubwürdigkeit geniesst.

«Sant'Egidio hatte die nötigen Beziehungen zu den Ministerien, die Waldenser hatten das Konzept und das Geld», sagt Gaëlle Courtens, die längere Zeit als Pressesprecherin des Evangelischen Kirchenbundes in Italien gearbeitet hat und heute leitende Redaktorin bei der *Voce Evangelica* ist, der reformierten Kirchenzeitung der italienischsprachigen Schweiz. Dass die kleine Waldenserkirche finanziell gut gestellt ist, hat mit einer Regelung in Italien zu tun, nach der alle Glaubensgemeinschaften staatliche Beiträge erhalten. Die Kombination von Initiative, Beziehungen und Finanzen machte das Projekt möglich.

«Vieles ergab sich auch einfach aus glücklichen Umständen», erzählt Courtens. So hatte Italien zum Zeitpunkt, als das Projekt entstand, eine Mitte-links-Regierung und ein Mitglied von Sant'Egidio war Sekretär des damaligen Aussenministers, konnte die Projektideen also in die zuständigen Gremien einbringen. Bereits Ende 2015, zwei Jahre nach dem Unglück von Lampedusa, wurde ein Protokoll zwischen den Behörden und dem Evangelischen Kirchenbund unterschrieben, ein «protocollo d'intensa», das die Zusammenarbeit bei der Lancierung der humanitären Korridore schriftlich verankerte. Gaëlle Courtens hatte von Anfang an die Medienarbeit für das Projekt übernommen.

Emotionale Augenblicke

«Dann ging alles schnell», erinnert sich Courtens: Anfang 2016 landete das erste Flugzeug mit mehr als hundert hauptsächlich syrischen Flüchtlingen aus Beirut im Flughafen

Fiumicino bei Rom. Eine Delegation aus Kirche und Politik stand bereit, um die Ankommenden willkommen zu heissen. «Ich kann mich so gut erinnern, wie wenn es gestern gewesen wäre», erzählt Courtens. «Wir standen alle, auch Paolo Naso, in der Ankunfts-halle, unter grosser Anspannung. Dann kam die Durchsage, dass das Flugzeug aus Beirut auf einem separaten Rollfeld gelandet sei und wir die Ankommenden dort abholen dürften. Alle stürzten hinaus, neben mir Paolo Naso. Er war zu diesem Zeitpunkt ein gefragter Interviewpartner, weil das Projekt in der Öffentlichkeit grosse Resonanz gefunden hatte. Naso gab gerade ein Live-Interview am Handy, doch er rief aufgeregt ins Telefon, dass er nun abbrechen müsse. Dabei liefen ihm die Tränen über die Wangen. Das werde ich nie vergessen: Ein Professor, der ein Interview mit einem grossen italienischen Sender abbricht und weint – vor Freude –, weil die Flüchtlinge gut angekommen sind.»

Zivilgesellschaft im Einsatz

Kirchen und humanitäre Organisationen kümmerten sich um Unterbringung, Versorgung und Begleitung der Angekommenen. Innert Kürze waren Italienischkurse organisiert und es ging überdurchschnittlich schnell, bis die Geflüchteten am öffentlichen Leben teilnehmen und wieder ins Berufsleben einsteigen konnten. «Die Integration gelang so gut», hält Sant'Egidio fest, «weil sich auch italienische Familien und Kirchgemeinden zur Verfügung stellten, um die Eingereisten aufzunehmen. Weitere Ankömmlinge konnten in den Gemeinschaften von Sant'Egidio leben.» Und über die Waldenserkirche wurde sogar in Schweizer Medien berichtet: Dank der Integration von Christ*innen aus Afrika, die ihre Traditionen in die Gemeinden einbrachten, entstand eine neue Lebendigkeit der Gottesdienste.

Das offenbar gute Gelingen des Experimentes motivierte weitere Kirchen und Hilfswerke, sich dem Projekt anzuschliessen. «Immer mehr Menschen meldeten sich, um mitzuhelfen. Die mitwirkenden Organisationen erhielten unzählige Spenden», erzählt Courtens. «Sogar der Papst lobte das Projekt öffentlich als Beispiel gelebter Ökumene. Daraufhin stieg auch die italienische Bischofskonferenz ein.»

Insgesamt wurden rund 3000 Menschen aus dem Libanon eingeflogen, immer mit Einverständnis des Innen- und des Aussenministeriums. Die italienische Botschaft in Beirut prüfte die Gesuche und die damalige nationale

Fluggesellschaft Alitalia spendete die Flugtickets. Weitere Evakuierungsflüge brachten äthiopische, eritreische, sudanesishe, iranische, irakische und, nach der Machtübernahme des Taliban-Regimes in Afghanistan, auch afghanische Geflüchtete nach Italien.

Ausstrahlung in andere Länder

Frankreich und Belgien zogen innert Kürze nach mit der Einrichtung von humanitären Korridoren. Auch dort gibt es starke Gemeinschaften von Sant'Egidio, die den Impuls aufnahmen, und auch dort schlossen sich die evangelischen Kirchen den Projekten an. Selbst in den ländlichen Gebieten Frankreichs, so erzählt Courtens, erklärten sich zahlreiche Einheimische bereit, Geflüchtete in ihre Familien aufzunehmen.

Und in Italien geht es weiter, auch nachdem die damalige Mitte-links-Regierung von einer Rechts-Regierung abgelöst wurde. Erst kürzlich, am 30. Mai, kamen 49 Geflüchtete aus Camps in der Bekaa-Ebene, nahe der Grenze zwischen Libanon und Syrien, in Italien an. Die Hälfte der Schutzbedürftigen waren Kinder. Am 20. Juni dieses Jahres wurden 171 Menschen aus Pakistan eingeflogen, die vor dem Taliban-Regime in Afghanistan geflohen waren. Gaëlle Courtens erklärt, dass das Argument, mit den humanitären Korridoren kämen nur bereits vor Ort geprüfte und registrierte Menschen nach Italien, sogar die heutige Regierung überzeuge.

Als 2022 die Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Karlsruhe stattfand, trafen sich engagierte Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Ländern in der dortigen «Casa Común», die von deutschen Basisgruppen als Ort der Begegnung ins Leben gerufen worden war. Auch Mitglieder der Migrationscharta wirkten dabei mit – und hörten beeindruckt den Schilderungen der ebenfalls anwesenden Gaëlle Courtens zu. Der Funke ist übergesprungen. ●

○ Christine Voss, *1956, ist Journalistin in Zürich und Redaktorin der *Erwägungen*.

Kroatien: Überforderung im Asylwesen

Verena Mühlethaler
Nicola Neider
Andreas Nufer

Als neuestes Mitglied des Schengen-Raums übernahm Kroatien Anfang 2023 die Sicherung der EU-Aussen-grenze. Seither treffen dort jährlich Tausende von Geflüchteten ein. Weil Kroatien als Erstland für deren Asyl-anträge zuständig ist, werden immer wieder Geflüchtete aus der Schweiz wie aus der EU dorthin zurückge-schafft. Um selber einen Eindruck von den Zuständen zu gewinnen, besuchte eine Delegation des Netzwerks migrationscharta.ch im letzten Jahr das Land.

Begegnungen mit verzweiferten geflüchteten Familien und Einzelpersonen, die in der Schweiz einen Nichteintretensentscheid erhalten hatten und gemäss der Dublin-Verordnung nach Kroatien zurückgeführt werden sollten, liessen uns letztes Jahr nach Kroatien reisen.

Weil es bereits viele Berichte über die Push-backs und die Gewalt an der Grenze zu Kroatien gibt, liessen wir uns nicht speziell auf diese Problematik ein. Vielmehr wollten wir sehen und hören, in welcher Situation sich Geflüchtete, die in Kroatien nach einer Rückführung um Asyl bitten, befinden. Wie werden sie betreut und untergebracht? Wie sieht das Asylverfahren aus? Was sind die Herausforderungen?

Begegnungen und Gespräche

Besuche in den Asylzentren und Begegnungen mit Betroffenen wie Behörden führten uns zu den folgenden Schlussfolgerungen: Das Asylsystem in Kroatien ist jung, da Kroatien erst seit 2013 in der EU ist. In allen Bereichen des Asylsystems sind die Ressourcen äusserst knapp. Seit Kroatien zum Schengen-Raum gehört, hat sich die Situation massiv verschärft: Einer Anzahl von 31 000 beabsichtigten Asylanträgen allein im Jahr 2023 stand eine Aufnahmekapazität in zwei Zentren von je

gut 1000 Plätzen gegenüber. Zwar bemüht sich das Innenministerium, neue Plätze zu schaffen, dies geschieht aber nur sehr langsam. Die NGOs, die sich ergänzend zu den staatlichen Stellen in der Beratung und in der Integration der Flüchtlinge engagieren, sind an der Kapazitätsgrenze.

Ein grosses Problem ist auch das eigentliche Asylverfahren. Das erste Interview findet sehr bald nach der Registrierung statt. Die Vertreter*innen der NGOs berichteten, dass diese ohne jegliche Vorbereitung, ohne Rechtsberatung und oft ohne adäquate Übersetzung geführt wird. Einige Leute erzählten uns, dass sie sich überhaupt nicht verstanden fühlten. Das zweite Interview findet frühestens sechs Monate später statt. Der Asylentscheid wird in der Regel zwei bis drei Jahre später gefällt. Die Zahlen alleine sprechen für sich: Im Jahr 2022 wurden offiziell 2588 Asylanträge gestellt und davon 88 Fälle bearbeitet. 21 Personen, davon 18 Kinder, erhielten Asyl. Das heisst: 67 Asyl-suchende wurden abgelehnt, 2500 gar nicht weiter begutachtet.

Stoppt die Rückschaffungen!

Alle Gesprächspartner*innen – auch der Zentrumsleiter und die Vertreter der Schweizer Botschaft – sagten uns, dass das Asylwesen unter einem stetig wachsenden Druck stehe. Und die beteiligten NGOs und Kirchenvertreter bestätigten, dass es eine massive Überforderung wäre, wenn die Schweiz Personen mit einem Nichteintretensentscheid nach Kroatien ausschaffen würde.

Die Dublin-Verordnungen sehen vor, dass keine Antragstellende an den zunächst als zuständig bestimmten Mitgliedstaat überstellt werden, wenn es wesentliche Gründe für die Annahme gibt, dass das Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen für Antragstellende in diesem Mitgliedstaat systemische Schwachstellen aufweisen. Da wir solche Mängel gesehen haben, fordern wir das SEM auf, keine Menschen nach Kroatien zurückzuschaffen. ●

○ Verena Mühlethaler ist Pfarrerin an der offenen Kirche St. Jakob in Zürich.

○ Nicola Neider Ammann ist Theologin und Fachbereichsleiterin Migration & Integration der katholischen Kirche Stadt Luzern.

○ Andreas Nufer ist Pfarrer an der Heiliggeistkirche in Bern.

Die Delegation des Netzwerks migrationscharta.ch besuchte Kroatien in der Zeit vom 26.–31. Juli 2023. Die genannten Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum von Januar bis Juli 2023.

Den vollständigen Bericht findet man unter: migrationscharta.ch/kroatien-gewalt-an-den-grenzen-ueberforderung-im-asylwesen

An Leib und Leben bedroht

Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen, sind immer wieder mit Situationen konfrontiert, in denen es um Leben und Tod geht. Ihr Einsatz zeigt, wie nötig es ist, dass die Zivilgesellschaft in Flüchtlingsfragen Verantwortung übernimmt. Zwei Beispiele.

Nirgends mehr sicher

Als Flüchtlingsseelsorger lernte ich Said* kennen, nachdem er einen Suizidversuch gemacht hatte. Er gehört zu einer ethnischen Minderheit, die in seinem Herkunftsland verfolgt wird. Das war für ihn bisher noch nicht zum Problem geworden, weil er die Chance erhalten hatte, in einem europäischen Land zu studieren. Als sein Studienvisum abgelaufen war, erhielt er von den zuständigen Behörden den Bescheid, dass er in sein Herkunftsland zurückkehren müsse, um dort das Visum erneuern zu lassen. Said geriet in Panik, denn er hatte erlebt, dass Studienkollegen, die wegen einer Visumserneuerung in ihr Herkunftsland gereist waren, nie mehr zurückgekommen waren. Sie blieben verschwunden und der Verdacht, dass sie im Gefängnis gelandet oder sogar umgebracht worden waren, lag nahe.

Said realisierte, dass er nirgends mehr sicher war: in Europa nicht, weil sein Visum abgelaufen war, in seinem Herkunftsland nicht, weil er im Ausland studiert und dort an Veranstaltungen teilgenommen hatte, an denen sein Herkunftsland kritisiert worden war. So flüchtete er in die Schweiz und stellte hier einen Asylantrag. Er ging davon aus, dass die Schweiz bedrohte Menschen nicht zurückschaffen würde.

Aber das SEM (Staatssekretariat für Migration) interessierte sich nicht für seine Geschichte, sondern wollte ihn gemäss Dublin-Verordnung in jenes europäische Land zurückschicken, in dem er studiert hatte. Von dort aus hätte ihm eine sogenannte Kettenabschiebung in sein Herkunftsland gedroht, was Folter und Tod bedeutet hätte. Eine Intervention, die ich zusammen mit weiteren Theolog*innen unternahm, führte dazu, dass nun auf das Asylgesuch eingegangen wird. Der Ausgang dieser

Geschichte ist allerdings noch offen. Mir hat sie jedoch gezeigt, dass eine Aktion aus der Zivilgesellschaft Leben retten kann.

* Name von der Redaktion geändert.

- Christoph Albrecht ist Jesuit in Zürich und seit vierzehn Jahren für den Jesuiten-Flüchtlingsdienst Schweiz verantwortlich..

Mehr als ein Dach über dem Kopf

Das ist die Geschichte von Anne-Laure. Sie verliess 2011 die Elfenbeinküste, weil sie dort als Studentin an politischen Aktivitäten teilgenommen und deshalb Todesdrohungen bekommen hatte. Sie überlebte die Flucht durch die Wüste und erreichte Libyen, von wo aus sie 2014, hochschwanger, per Boot nach Italien zu kommen versuchte. Das Boot kenterte, aber sie wurde gerettet und kam dank des Einsatzes der italienischen Küstenwache – damals noch! – in Südsizilien an Land. Anne-Laure wurde eine der ersten Gäste der «Casa delle culture» in Scicli, die gerade erst eingeweiht worden war und vor Ort von der kleinen, aber sehr aktiven methodistischen Gemeinde geleitet wird.

Wenige Wochen später kommt Sara zur Welt. Sie wird zum Liebling der ganzen Gemeinde. Teresa und Franzo kümmern sich wie Grosseltern um das Baby, damit sich Anne-Laure ihren Italienischkursen widmen kann. Dank der Unterstützung der methodistischen Gemeinde kann Anne-Laure ihr Asylverfahren voranbringen, obwohl die Beziehungen zu den sizilianischen Behörden selbst für Einheimische überaus kompliziert sind. Anne-Laure schafft bald die Prüfung für das italienische Mittelschuldiplom. Danach beginnt sie mit der Arbeitssuche. Etwa zwei Jahre wohnt sie in der «Casa delle culture», wo sie im organisatorischen Bereich mithilft, während ihre Tochter Sara von Teresa und Franzo betreut wird. Sobald Anne-Laure eine reguläre Anstellung als Kassierin findet – auch hier mit der Unterstützung der methodistischen Gemeinde –, bezieht sie mit Sara ihre eigene Wohnung. Heute haben Anne-Laure und Sara mehr als ein Dach über dem Kopf und materielle Sicherheit: Sie haben eine Familie. Und Sara, jetzt schon bald acht Jahre alt, wird jeden Nachmittag von Franzo und Teresa in der Schule abgeholt, damit sie bei ihnen ihre Hausaufgaben machen kann. ●

- Gaëlle Courtens ist leitende Redaktorin bei *Voce Evangelica*, der reformierten Kirchenzeitung der italienischsprachigen Schweiz. Sie trug diese Geschichte, zusammen mit anderen Beispielen aus Italien, 2022 in der «Casa Común» vor, einem Begegnungsort der Basisgruppen während der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Kirchenrats in Karlsruhe.

Beim Namen nennen

Pierre Bühler

Seit einigen Jahren wird die Aktion «Beim Namen nennen» jeweils im Juni in verschiedenen Schweizer und deutschen Städten durchgeführt. Dabei erinnert man sich an jene Menschen, die auf der Flucht an den Grenzen Europas ums Leben gekommen sind. Allein im letzten Jahr waren es rund 8000 Frauen, Männer und Kinder.

Lanciert wurde die Aktion «Beim Namen nennen» durch die Heiliggeistkirche in Bern. Sie findet jeweils in der Zeit um den Weltflüchtlingstag (20. Juni) in zehn Schweizer Städten statt. Inzwischen haben sich auch acht deutsche Städte angeschlossen. Als Grundlage dient eine «Totenliste», *List of Deaths*, die seit 1993 von einer kleinen Organisation in Amsterdam erstellt und regelmässig aktualisiert wird.

Die Liste erfasst alle Todesfälle, die auf den verschiedenen Fluchtwegen nach Europa dokumentiert werden konnten. Inzwischen sind es rund 60 620 Menschen – Männer, Frauen, Jugendliche, Kinder, Babys –, die auf tragische Art und Weise bei der Flucht ums Leben gekommen sind. Aber da man von vielen Tragödien gar nichts weiss, könnte diese schreckliche Zahl auch nur die Spitze eines Eisbergs sein.

Sich Erinnern

Die Aktion wird von Freiwilligen, Kirchgemeinden und Hilfswerken, die im Asylbereich engagiert sind, durchgeführt. Ausgehend von der *List of Deaths* stehen vor allem zwei Handlungen im Zentrum: einerseits das Schreiben und andererseits das Lesen der Namen der Gestorbenen. Für jede ums Leben gekommene Person wird ein kleiner Stoffstreifen mit Name, Geschlecht, Alter und Herkunft beschriftet – sofern etwas davon bekannt ist – sowie mit dem Datum und den Umständen des Todes. Die Stoffstreifen werden an lange Schnüre gehängt und diese an öffentlichen Gebäuden oder Kirchen befestigt. So entsteht eine Art fragiles Totendenkmal.

Am Flüchtlingswochenende, das heisst am dritten Juniwochenende, werden die Namen in Kirchen oder an öffentlichen Orten vorgelesen.

Meistens werden die Verstorbenen, deren Namen oft nicht bekannt sind, einfach als «ein Mann», «eine Frau», «ein Baby» bezeichnet. Um die ganze Liste zu lesen, braucht es mehr als 24 Stunden, das heisst, dass die ganze Nacht hindurch gelesen wird.

Indem die tragischen Vorfälle vorgelesen werden, erhalten die meist anonymen Toten eine Stimme. In diesem Sinn ist die Aktion «Beim Namen nennen» zuerst einmal eine Erinnerungsarbeit. Es muss gegen das Vergessen und gegen die Gleichgültigkeit gekämpft werden, damit das Schreckliche, das an den Grenzen Europas geschieht, ein ständiger Stein des Anstosses bleibt. Für viele Familien, sei es in den Herkunftsländern oder in Europa, ist es auch eine bescheidene Möglichkeit, von ihren verlorenen Angehörigen Abschied zu nehmen.

Verfehlte Asylpolitik

Zugleich ist diese Erinnerungsarbeit auch eine Widerstandsaktion. Indem wir alle «beim Namen nennen», protestieren wir dagegen, dass die europäischen Behörden, und mit ihnen auch die schweizerischen, wegschauen, anstatt die Dramen zu verhindern. Lieber werden kostspielige Verträge abgeschlossen, etwa mit Libyen oder der Türkei, damit die Flüchtenden gar nicht mehr in Europa ankommen.

Leider muss festgestellt werden, dass jedes Jahr Tausende von weiteren Toten neu auf die Liste kommen. Währenddessen wird über Migration diskutiert, aber wenig auf ethischer, sondern vor allem auf technokratischer Ebene: Es geht darum, die Migrationsflüsse in den Griff zu bekommen und möglichst zu vermeiden, dass eine Welle von Geflüchteten Europa überschwemmen könnte. Deshalb: Geld einwerfen, immer wieder, um die Grenzen zu sichern.

Viele sind tragischerweise im Wasser, im Feuer oder durch die Kugeln von Grenzwächtern ums Leben gekommen. Doch indem wir ihre Namen nennen, machen wir deutlich: Gott hat sie nicht vergessen, er lässt ihnen ihre unauslöschliche Würde zukommen. ●

- Pierre Bühler, *1950, ist emeritierter Theologieprofessor der Universitäten von Zürich und Neuchâtel (siehe auch Interview Seite 29).

Dieser Artikel ist die gekürzte Version eines Aufsatzes im Buch: Hans Strub (Hrsg.): *Ein Credo für die Zukunft. Perspektiven und Visionen in einer visionslosen Zeit*. Selbstverlag «Boldern inspiriert» 2023.

Buchbesprechung

Aus biblischer Perspektive

Christine Voss

Die Migrationscharta, 2015 von Theologinnen und Theologen verfasst und öffentlich zur Diskussion gestellt, hat den Weg in den Buchhandel gefunden. Auf Initiative von einigen der Verfasser*innen der Migrationscharta ist ein Sammelband entstanden, in dem sich dreizehn dafür angefragte Theolog*innen in Aufsätzen zu den biblischen Aussagen über Flucht und Migration oder direkt zur Migrationscharta äussern.

Vielfältig und farbig

Ziel der Migrationscharta war es gewesen, «Grundsätze einer neuen Migrationspolitik aus biblisch-theologischer Perspektive» zu formulieren – so heisst es im Untertitel der Charta. Im Zentrum stand dabei ein «Grundrecht auf freie Niederlassung für alle». Die Verfasser*innen der Charta sahen nun aber den Zeitpunkt gekommen, den Begriff «aus biblisch-theologischer Perspektive» genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn, so heisst es in der Einleitung, die unreflektierte Verwendung des Begriffs könne dazu führen, dass er zur Floskel werde.

Aus diesem Grund wurden dreizehn Theologinnen und Theologen angefragt, sich zum Thema zu äussern. Bewusst wurde die Vielfalt von Meinungen gesucht: Die Autor*innen der Aufsätze stammen aus verschiedenen Ländern, Kulturen und vertreten verschiedene theologische Ansätze. Auch die Form ihrer Texte wurde den Angefragten selber überlassen – und so ist ein kaleidoskopartiger Sammelband entstanden, der durch seine Vielfalt und Farbigkeit besticht.

Bezug zur heutigen Zeit

Die Mehrzahl der Texte stammt aus dem europäischen Raum: aus der Schweiz, Deutschland und Holland. Die aussereuropäische Perspektive wird durch einen Text aus Brasilien und einen aus Benin eingebracht. Es wechseln sich klassische Auslegung mit der Schilderung persönlicher Erfahrungen ab, und auch ein historischer Überblick über den Umgang mit Migration seit biblischen Zeiten öffnet neue Perspektiven. Gemeinsam ist den Texten, dass sie sich um die Frage drehen, welche

Bedeutung Flucht und Migration in der Bibel haben. Die Überlegungen bleiben dann aber nicht in vergangenen Zeiten stehen, sondern werden mit den heutigen Problemen in Verbindung gebracht.

Die Vielfalt der Texte und der Realitätsbezug machen das Buch nicht nur spannend, sondern auch ermutigend. Bewusst wurde eine tendenziell einfache Sprache gewählt und ein allzu theologischer Fachjargon vermieden. Damit eignet sich das Buch als Lektüre für alle, die sich für Geflüchtete einsetzen, sei es auf praktischer oder auf struktureller Ebene. Aber auch für alle, die sich ein neues Feld anschliessen lassen wollen in der Frage, wie relevant das Asylthema für Kirchen und Christ*innen sein könnte. Dass das neue Buch zur Stärkung und Motivation in der Flüchtlingsarbeit beitrage, ist der ausdrückliche Wunsch der Herausgeber*innen.

Buchvernissage

Mittwoch,
25. September,
19.00 Uhr
Citykirche Offener
St. Jakob, Zürich
(Stauffacherstrasse 34)

Das Erscheinen des neuen Buchs zur Migration wird am 25. September mit einem festlichen Anlass gefeiert:

Podium mit Pierre Bühler (Moderation), Walter Dietrich, Tania Oldenhage, Thomas Staubli, Séverine Vitali (Autor*innen von Aufsätzen im Sammelband). Musik und Apéro.

Am Büchertisch kann das neue Buch erworben werden sowie eine soeben erschienene Dissertation von Jonathan Pärli: *Die andere Schweiz. Asyl und Aktivismus 1973–2000*. Wallstein Verlag, Göttingen 2024.

Leseprobe

Auch in den Samuelbüchern ist das Thema «Migration» präsent, und zwar in grossem Ausmass, als man auf Anhieb annehmen möchte. Dieses biblische Doppelbuch erzählt von einer Zeit, in der Israels Sesshaftwerdung in Kanaan noch nicht allzu weit zurücklag, in der es gerade lernte, sich der zahlreichen missgünstigen Nachbarn zu erwehren und den eigenen Landbesitz zu sichern, in der die bis dahin einzeln agierenden Stämme sich zusammentaten, um ein eigenes Staatswesen zu errichten. Damals, so möchte man meinen, mussten alle

Sinne auf das Leben *im* Land gerichtet sein, nicht auf Bewegungen aus dem Land *hinaus* oder ins Land *hinein*. Und doch handeln die Samuelbücher auch davon, und zwar in überraschender Vielfalt. [...]

Der erste grosse Migrant der Samuelbücher ist – Gott! Die Israeliten glaubten ihren Gott Jhwh in besonderer Weise verbunden mit der heiligen *Lade*, einem kastenförmigen, tragbaren Kultgegenstand, der entweder Gottes Thronszitz oder sein Fusschemel (eher Letzteres!) sein sollte. Dieses Gerät konnte an langen Stangen angehoben und herumgetragen werden – bei Stämmewanderungen oder bei Prozessionen, auch bei Kriegszügen. In Friedenszeiten stand die Lade im Heiligtum von Schilo, einem Ort im mittelpalästinischen Bergland, der offenbar eine Art Wallfahrtsort für die israelitischen Bauern der näheren und weiteren Umgebung war (vgl. 1Sam 1 und 3). Als es eines Tages zu militärischen Auseinandersetzungen mit den Philistern kam, einem Bund ägäisch beeinflusster Stadtstaaten in der südwestpalästinischen Küstenebene, endete ein erstes Treffen mit einer Niederlage der Israeliten. Diesen wurde plötzlich bewusst, dass sie «vergessen» hatten, die heilige Lade – und damit Jhwh – mit in den Krieg zu nehmen. Schleunigst wurde das Versäumte nachgeholt. Beim Eintreffen der Lade im Feldlager jubelten die Israeliten, während die Philister es mit der Angst zu tun bekamen. Doch auch die zweite Schlacht ging verloren, mit noch viel höheren Verlusten für Israel. Und die Lade? Sie fiel in die Hand der Feinde, die meinten, damit Israel das religiöse (und auch das militärische) Rückgrat gebrochen zu haben.

Jhwh befand sich ab jetzt im Ausland, zuerst in Aschdod, dann in Gat und Ekron – drei der fünf Städte des philistäischen Städtebundes. Doch statt, wie vorgesehen, zu einem Symbol des Triumphes wurde die Lade in Philistää zu einem Symbol des Schreckens und der Angst. Vor ihr fielen Götterstatuen um, und wohin sie kam, wurden die Menschen schwer krank. So beschloss man, das unheimliche Ding so schnell wie möglich wieder loszuwerden. Ein nach allen Regeln der Kunst durchgeführtes Divinationsverfahren resultierte in der Rückkehr der Lade nach Israel bzw. nach Juda, zum Schluss in das Städtchen Kirjat-Jearim westlich von Jerusalem. Dort stand sie so lange, bis König David sich ihrer entsann und sie in seine neu erwählte Residenzstadt Jerusalem brachte. So, in kurzen Zügen, die sog. Ladegeschichte in 1Sam 4–6 und 2Sam 6.

Die Quintessenz dieser Erzählung: Ein Jhwh-Heiligtum wird ins Exil verschleppt,

kämpft sich aber zurück in die Heimat, bis es in der Hauptstadt einen festen und sicheren Ort findet. Dieser Plot ist erstaunlich. Nach biblischer Auffassung kann Gott nicht zu etwas gezwungen werden, was er nicht will. Sollte er damals zur Migration gezwungen worden sein? Nein, denn es gibt, vor Beginn der Ladeerzählung, zwei prophetische Ansagen, welche das bevorstehende Unheil als von Gott selbst gewollt ankündigen, als Antwort auf die Sünde Israels bzw. seiner Priesterschaft (1Sam 2,31–34; 3,11–14). Nicht die Militärmacht der Philister also zwang den Gott Israels ins Exil, nein, er verliess sein Land und sein Volk aus eigenem Entschluss – um am Ende aber doch zurückzukehren und Israel nahe zu sein. ●

- Der Theologe Walter Dietrich, emeritierter Professor der Universität Bern, hat sich der Erforschung der Samuelbücher gewidmet. In seinem Beitrag im Buch *Migration in der Bibel und heute* zeigt er die verschiedenen Aspekte von Migration auf, die in diesen Büchern enthalten sind.

Angaben zum neuen Buch

Pierre Bühler,
Verena Mühlethaler,
Jacob Schädelin (Hrsg.):
*Migration in der Bibel
und heute. Die Migrations-
charta – biblisch erkundet.*
TVZ, Zürich 2024.

Mit Aufsätzen von:

Thomas Staubli, Frank
Crüsemann, Joan Charras-
Sancho, Nicolas Luthi,
Walter Dietrich, Rinse
Reeling Brouwer, Tania
Oldenhage, Séverine
Vitali, Kuno Füssel,
Marcel Poorthuis, Fifamè
Fidèle Houssou Gandonou,
Nancy Cardoso, Jacob
Schädelin.

Aus dem Vorstand

Zu den Schwerpunkten der Vorstandsarbeiten gehörten im letzten halben Jahr die Vorbereitung der Jahresversammlung 2024 sowie Treffen zur Zusammenarbeit mit dem Verein BMI (Bethlehem Mission Immensee) und einer Arbeitsgruppe der Religiös-Sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz (Resos).

Eine Vertretung des Vorstandes der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung (TheBe) traf sich in Immensee mit einer Delegation des Vereins BMI zur Erörterung zukünftiger Kooperationen. Dabei bekräftigten beide Seiten ihr Interesse daran, weiterhin bei der Gestaltung und Durchführung der RomeroTage zusammenzuarbeiten. Wir von der TheBe stellten auch wieder unsere Unterstützung in Aussicht, falls der Friedensweg (bisher von Immensee nach Luzern ins RomeroHaus) in neuer, eher kürzerer Form wieder aufgenommen wird.

In drei Workshops zusammen mit den Resos setzten wir uns mit der Möglichkeit auseinander, die Resos als weitgehend autonome Arbeitsgruppe in die TheBe zu integrieren. Dabei kamen die Resos jedoch zum Schluss, dass sie weiterhin als eigenständiger Verein agieren möchten. Dieses Ziel wollen sie weiterverfolgen und an der ausserordentlichen Mitgliederversammlung im Herbst ihren Mitgliedern vorlegen, nachdem letztes Jahr die Auflösung des Vereins zur Debatte gestanden hatte. Falls dieser Vorschlag durchkommt, halten TheBe und Resos daran fest, ihre Jahresversammlungen auch künftig, wie in den letzten Jahren üblich, am selben Tag und in Kooperation mit den Freund*innen der *Neuen Wege* abzuhalten. Reihum übernimmt je eine der Organisationen die Koordination des Tages und die Organisation des Rahmenprogramms.

○ Für den Vorstand:
Erwin Troxler

Arbeitsgruppen

Wärchtigs-Chrischt*inne

Seit Jahren besteht die dialektische Konstellation, dass ausgerechnet wir «Wärchtigschrischt*inne» uns als Hüter*innen des Sonntagschutzes verstehen. Denn wir sind überzeugt davon, dass nur eine Kultur der Eingrenzung des Werktags ein «sabbatlich» geprägtes Leben ermöglicht, und umgekehrt strahlt die Wertschätzung des Sonntags auch in menschenfreundliche Regelungen des Arbeitslebens hinein. Vor einiger Zeit bat uns die Sonntagsallianz, ein breites Bündnis von kirchlich-religiösen Organisationen, Arbeitsmediziner*innen und Gewerkschaften, an einer Umfrage teilzunehmen. Denn in regelmässigen Abständen verzeichnet die Politik Vorstösse, die den Sonntag als arbeitsfreien Tag und als Tag der sozialen Kontakte dauerhaft infrage stellen. Die neuesten Versuche laufen unter dem Label «Tourismusförderung» – gewisse Kreise denken sich immer neue Gründe aus, um den Sonntagschutz zu durchlöchern. Die Zeche zahlen jeweils andere.

Im Namen der TheBe beantworteten wir die gestellten Fragen. Zunächst ging es darum, wie die Sonntagsallianz wahrgenommen wird. In unseren Augen macht sie gute Arbeit, bisweilen wünschen wir uns mehr Sichtbarkeit. Bei der Frage wünschbarer Handlungsfelder benannten wir einen Mix aus Vernehmlassungsbeteiligungen, Parlamentsgesprächen und Medienarbeit, weil die Schärfung des politischen Bewusstseins auf verschiedenen Ebenen wichtig ist. Denn für uns ist klar, dass der Sonntagschutz nicht weiter ausgehöhlt werden darf, sondern eher noch auf neue Formen der Arbeit wie zum Beispiel Homeoffice, «moderne» Anstellungsverhältnisse und Ähnliches ausgeweitet werden muss. Hauptargument für den Schutz des Sonntags bleibt, dass ein gemeinsames Zeitfenster für die Pflege sozialer Kontakte unverzichtbar

ist. Eine kollektive gesellschaftliche Verabredung, dem Wirtschaften und Tun eine verbindliche Grenze zu setzen, ist für Mensch und Tier und die ganze Schöpfung ein Segen. Erwerbsarbeit soll deshalb am Sonntag auf Dienstleistungen beschränkt werden, die für die Gesellschaft unerlässlich sind. Gerade Arbeitnehmende im Detailhandel, mehrheitlich Frauen, werden dank einem starken Sonntagschutz aufatmen können.

○ Urs Häner
uh@sentitreff.ch

Feministisch-theologische Lesegruppe

Im vergangenen Jahr hat uns vor allem das Buch von Luzia Sutter Rehmann umgetrieben: *Dämonen und unreine Geister. Die Evangelien, gelesen auf dem Hintergrund von Krieg, Vertreibung und Trauma* (2023). Was wir in den letzten Monaten in der breiten Weltöffentlichkeit sehen, lesen, hören über die unzählbaren Kriegshandlungen und Vertreibungen, die unsägliche Zerstörung und wozu das in der Folge führt – Millionen von traumatisierten Kindern, Jugendlichen, Frauen und Männern, die um ihr tägliches Überleben ringen –, diese brutale Realität kommt uns auch in den Evangelien entgegen. Sutter Rehmann hat sich besonders dem Markus-evangelium zugewandt. Sie nennt es Traumaliteratur, Text«fragmente», die um Sprache ringen. Entstanden sind sie in einer Zeit genauso brutaler Zerstörung wie heute, um 70 n. Chr. in Palästina. Sutter Rehmann geht minutiös den Orten und Räumen der Zerstörung nach. Sie schält aber genauso heraus, wie Orte und Räume zu Widerstandsräumen werden können: Grabhöhlen zum Beispiel. Sutter Rehmann spricht vom dritten Raum, «Third Space», von Grabhöhlen als Zufluchts- und Erinnerungsorten, in denen sich Verwandlung anbahnt. Orte, die traumatisierten Menschen neuen Raum aufspannen. Das Buch hat uns Leserinnen einen nochmals ganz anderen Blick auf

die «Eu-angelien» ermöglicht und gezeigt, wie schonungslos aktuell die biblischen Texte sind.

Als «Zwischenlektüre» lesen wir nun von der Philosophin und Publizistin Carolin Emcke: *Was wahr ist. Über Gewalt und Klima* (2024). Vergleichbar den um Sprache ringenden Evangelien geht es Emcke in ihrem Buch um die Bedingungen des Erzählens im Angesicht von Gewalt und Klima. «Nur durch und im Sprechen können wir uns verstehen und die Welt begreifen», betont Emcke.

- Unsere nächsten Treffen finden am Mittwoch, 4. September, und am Dienstag, 5. November, in Bern statt. Interessierte Theologinnen sind herzlich willkommen.
- Auskunft zur Gruppe erteilt: Eveline Gutzwiller, evgu@pe-gu.ch Tel. 079 411 57 37

Arbeitsgruppe ITP

Die Arbeitsgruppe, die bis vor Kurzem aus Daniel Ammann-Neider, Jacqueline Keune, Maria Klemm-Herbers, Erwin Troxler und Jacob Schädelin bestand, hat sich im Mai 2024 zum letzten Mal getroffen. Sie fällt nach eingehender Beratung den Beschluss, ihre Arbeit zu beenden. Die Gruppe schreibt dazu:

«Wir finden, dass die Ziele, die wir uns gesetzt haben, erfüllt wurden, nämlich die Organisation und die Arbeit des Instituts Theologie und Politik (ITP) im Rahmen der TheBe und darüber hinaus in der Schweiz bekannt zu machen und gezielte Kooperationen anzustossen und zu fördern. Das ITP ist nun wichtiger Akteur*innen, die auch in der TheBe engagiert sind, bekannt und es gab verschiedene gelungene Aktivitäten in

diesem Rahmen. Für die weitere Koordination braucht es unsere Arbeitsgruppe nicht mehr. Die Fäden für die Zusammenarbeit sind gesponnen, die interessierten Personen kennen sich, insbesondere die Engagierten aus der Migrationscharta, aber auch darüber hinaus. Wir hoffen, dass sowohl Mitglieder wie auch der Vorstand der TheBe die Zusammenarbeit mit dem ITP nach Möglichkeit weiterführen.»

- Alle Interessierten können sich auch direkt mit dem ITP in Verbindung setzen über deren Website itpol.de, wer aktuell informiert sein möchte, kann über kontakt@itpol.de den Newsletter bestellen.
- Daniel Ammann-Neider daniel.ammann@hukath.ch

Buchtipps

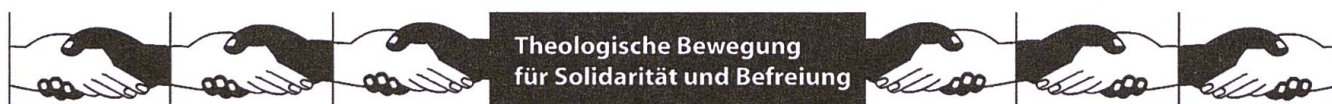
Schon ist es fast ein Jahr her seit der OeME-Herbsttagung vom 28. Oktober 2023. Sie stand unter dem Motto «In die Zukunft – gemeinsam – anders – glücklich» und es ging um das Thema der gesellschaftlichen Transformation.

In einer Pause schlenderte ich durch die Gänge und kam gedankenversunken zum Büchertisch. Mein Blick streifte über den Tisch und wurde von einem Buchtitel angezogen: *Zukunftsbilder 2045. Eine Reise in die Welt von morgen* (oekom 2023). Ein ansprechender Bildumschlag mit grossen Lettern. Ich nahm das Buch in die Hand und blätterte es durch: viele Bilder einer fiktiven Zukunft mit den entsprechenden Texten, wie es zur vorgestellten Neugestaltung von Lebensräumen gekommen sei. «Das nehme ich mit», sagte ich mir – «und sei es

nur, um mich an den imaginierten Zukunftsbildern zu erfreuen!»

Inzwischen habe ich das Buch gelesen. Ja, es schildert Utopien – jedoch Utopien, welche von realen Aktionen und Aktivitäten im Jahr 2022 oder wenig davor ausgehen und diese weiterdenken. Eine virtuelle Journalistin, Liliane Morgentau, führt uns im Jahr 2045 durch fünfzehn Ortschaften in Deutschland, Österreich und der Schweiz. An jedem Ort trifft sie sich mit einer Person, welche die lokalen ökologischen, ökonomischen oder sozialen Veränderungen der zurückliegenden Jahre kennt und meist wesentlich beeinflusst und mitgeprägt hat. Dabei wird auch die Frage erörtert, was es brauchte, um die erzielten Fortschritte in Gang zu bringen und zu erreichen. Bei den Ortschaften handelt es sich meist um Städte in Deutschland, welche in einem der letzten Jahre einen Preis erhielten, sei es für vorbildliche ökologische Umgestaltung oder nachhaltige Energiegewinnung. Teilweise sind die Auszeichnungen von landesweiter, teilweise von europäischer Bedeutung. Von den meisten Ortschaften wird ein Foto aus dem Jahr 2022 oder wenig davor gezeigt. Der gleiche Bildausschnitt wird dann retuschiert und gezeigt, wie er im Jahr 2045, aufgrund der verwirklichten Massnahmen, aussehen könnte. Es handelt sich um Utopien, welche aber im gegenwärtigen Leben Hand und Fuss haben und von da aus weitergesponnen wurden. Ein Buch zum Träumen, welches hilft, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft am Leben zu erhalten.

- Erwin Troxler



Redaktion

Christine Voss
christine.voss@bluewin.ch

Administration

TheBe, Postfach 4203, 6002 Luzern
info@thebe.ch, www.thebe.ch

Abopreis

Das Journal der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung erscheint zweimal im Jahr – im März und September – als Beilage der *Neuen Wege*. Das Abonnement ist Bestandteil der Mitgliedschaft der TheBe.

Mitgliedschaft

Wollen Sie Mitglied der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung werden? Schicken Sie eine E-Mail mit Ihrer Adresse an info@thebe.ch. Der Mitgliederbeitrag liegt bei CHF 30, der Solidaritätsbeitrag bei CHF 50.